

Bundesregierung stellt Reform für psychiatrische Krankenhäuser ein

Die Bundespsychotherapeutenkammer (BPtK) kritisiert die ausbleibenden Reformen der Bundesregierung zur Personalausstattung in psychiatrischen Krankenhäusern.

Dr. Andrea Benecke fordert einen neuen gesetzlichen Auftrag, um die psychotherapeutische Versorgung und Weiterbildung in Psychiatrien zu verbessern. Erfahren Sie mehr über die aktuelle Situation und die Auswirkungen auf Patient:innen in unserem Artikel.



In einem gewaltigen Aufschrei hat die Bundespsychotherapeutenkammer (BPtK) die Bundesregierung ins Visier genommen! Der Grund? Ein ernüchterndes Signal: In der aktuellen Legislaturperiode wird es keinen einzigen Gesetzesvorschlag geben, um die besorgniserregende Personalsituation in psychiatrischen und psychosomatischen Krankenhäusern zu verbessern. Ein echter Skandal!

„Das ist Verantwortungs-Ping-Pong“, kritisiert Dr. Andrea Benecke, die Präsidentin der BPtK, die untätigen Handlungen der Regierung. „Das Resultat ist klar: Patient*innen erhalten bis heute keine zusätzliche Minute Psychotherapie in psychischen Kliniken!“ Dr. Benecke fordert lautstark Klarheit und drängt darauf, dass ein neuer gesetzlicher Auftrag erarbeitet wird, um festzulegen, wer in der Verantwortung steht. Ist es der Bund oder der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA)?

Streit um Zuständigkeiten

Der G-BA bleibt lässig und verweist darauf, dass die gesetzliche Ausgestaltung der Personalausstattung in der Psychiatrie nur „Mindestanforderungen“ festlegt. Doch die Bundesregierung dreht sich im Kreis und schiebt die Verantwortung an den G-BA zurück – ein gefährliches Spiel auf Kosten der Patient*innen! Seit Jahren wird eine entscheidende Erhöhung der Minutenwerte der PPP-Richtlinie, die den psychischen Erkrankten zugutekommen könnte, hinausgezögert.

Die BPtK betont, die Umsetzung des Koalitionsvertrags – für eine bedarfsgerechte Personalausstattung zu sorgen – sei jetzt zwingend notwendig! Der Druck wächst, denn eine unzureichende Ausstattung gefährdet nicht nur die Versorgung der Patient*innen, sondern auch die Zukunft der Fachpsychotherapeut*innen.

Qualität der Weiterbildung in Gefahr

Benecke macht deutlich: „Psychiatrien sind elementare Weiterbildungsstätten.“ Sie fordert gesetzliche Rahmenbedingungen, die es ermöglichen, psychotherapeutische Weiterbildungsstellen anzubieten. Die entscheidende Frage bleibt: Wer trägt die Verantwortung für die Personalkosten im Krankenhausbudget? Die Antwort ist klar: Es ist der Bund! Ohne adäquate Weiterbildung in Psychiatrien droht die Zukunft der Fachpsychotherapeut*innen, und das ist alarmierend!

Die BPtK appelliert an die Regierung, endlich aktiv zu werden.
Die Zeit des Ausredens ist vorbei! Jetzt zählt jede Minute!

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de